

Anträge zum Landesparteitag 2016.2 der Piratenpartei Brandenburg

Dieses Dokument enthält alle Anträge ohne redaktionelle Bearbeitung in der Form, wie sie am 16. Juni 2016 in Antragsportal (<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal>) vorlagen.

Inhaltsverzeichnis

1 Satzungsänderungsanträge.....	2
2 Grundsatzprogrammanträge.....	2
2.1 GP001 - Gewalt ablehnen!.....	2
2.2 GP002 - Ablehnung von Gewalt.....	2
3 Wahlprogrammanträge.....	4
3.1 WP001 - Gegen die Einführung von „intelligenten Stromzählern“.....	4
3.2 WP002 - Open Government und Open Data.....	4
3.3 WP003 - Für eine menschenwürdige Pflege.....	5
3.4 WP004 - Freien Zugängen zu Datennetzen.....	7
3.5 WP005 - Mauer der digitalen Spaltung überwinden!.....	7
3.6 WP006 - Digitale Spaltung verhindern.....	8
4 Positionspapiere.....	9
4.1 Q001 - Flexible Mobilität in Brandenburg.....	9
5 Sonstige Anträge.....	11
5.1 X001 - Landeslogo.....	11
5.2 X002 - Unvereinbarkeit mit der AfD.....	11
5.3 X003 - PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels.....	12
5.4 X004 - Verkehrskonzept erstellen.....	12
5.5 X005 - Unterstützung des Projektes „Jobcenterlisten“.....	13
5.6 X006 - Einsetzung einer Redaktionskommission.....	14
5.7 X007 - Sicherstellung der Protokollierung von Parteitag.....	14
5.8 X008 - Kommissarische Vorstände einsetzen.....	15
5.9 X009 - Gliederungen funktionsfähig machen.....	16
5.10 X010 - Durchführung eines Onlineparteitages.....	16
5.11 X011 - Vielfalt der Veranstaltungsorte.....	17
5.12 X012 - Beitragsrechnungen erstellen.....	18
5.13 X013 - Haushaltsplan satzungsgemäß erstellen.....	18
5.14 X014 - Informationsbrief erstellen.....	19
5.15 X015 - Pseudonyme Mitgliedschaft.....	19
5.16 X016 - Privatsphäre der Mitglieder wahren.....	20
5.17 X017 - Endgültigkeit von Protokollen.....	21
5.18 X018 - Rettet das Gläserne Mobil.....	22
5.19 X019 - Erfahrenes Präsidium einsetzen.....	22
5.20 X020 - Programmkommission.....	23
5.21 X021 - Unvereinbarkeit von gemeinsamen Aktionen mit der AfD.....	24
5.22 X022 - Berufungsverfahren gegen das Urteil des LSG Hessen vom 27.05.2016.....	25

1 Satzungsänderungsanträge

- es liegen keine vor -

2 Grundsatzprogrammanträge

2.1 GP001 - Gewalt ablehnen!

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Gewalt ablehnen!

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die PIRATEN Brandenburg sprechen sich gegen jede Anwendung und/oder Androhung von Gewalt aus.

Friedliche Sitzblockaden betrachten PIRATEN Brandenburg nicht als Gewalt, obwohl die derzeitige Rechtslage Gegenteiliges formuliert. Jede(r), die/der an friedlichen Sitzblockaden teilnimmt, muss dies für sich selbst entscheiden.

Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht aufgeweicht werden. Auswüchse des staatlichen Gewaltmonopols sind ebenfalls nicht hinnehmbar und sind zu ahnden.

Antragsbegründung

Die Anwendung und/oder Androhung von Gewalt ist kein Mittel der zivilisierten, politischen Auseinandersetzung.

Sitzblockaden werden aufgrund kreativer Auslegung in der derzeitigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes als Anwendung von Gewalt definiert. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich diese Rechtsprechung in der Zukunft ändert.

Diese Definition wurde durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Jahr 1995 (Az.: 1 BvR 718/89) gekippt. Aufgrund der Bindungswirkung des BVerfG-Urteils musste sich der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Sichtweise anschließen, so dass in Entscheidungen des BGH die reine Anwendung psychischer Gewalt grundsätzlich nicht mehr als ausreichend für den Straftatbestand der Nötigung angesehen wird.

Piratenpad

• -

2.2 GP002 - Ablehnung von Gewalt

eingereicht von Tojol

Zusammenfassung des Antrags

Keine Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, staatliches Gewaltmonopol

Antragstext

Modul 1:

Keine Gewalt

Die PIRATEN Brandenburg lehnen den Einsatz von Gewalt als aktives Zwangsmittel zur Einwirkung auf die Willensfreiheit ab. Dies gilt sowohl für die inner- als auch für die außerparteiliche politische Auseinandersetzung.

Passive Handlungen wie Sitzblockaden oder Handlungsverweigerungen unterliegen dem Ermessen des Einzelnen.

Modul 2:

Staatliches Gewaltmonopol

Die PIRATEN Brandenburg erkennen das staatliche Gewaltmonopol an, fordern aber eine strikte Beachtung der Verhältnismäßigkeit bei jeder Zwangshandlung und effektive Möglichkeiten für Opfer, sich gegen diese juristisch zu wehren und die in staatlichem Auftrag Handelnden zur Verantwortung zu ziehen.

Antragsbegründung

Anmerkungen:

Dies ist ein Alternativantrag zum Grundsatzantrag 001 "Gewalt ablehnen!" für den LPT 2016.2 ([https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal/Grundsatzprogrammantrag - _001](https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal/Grundsatzprogrammantrag_-_001)). Er soll mit diesem gemeinsam behandelt werden, und über beide soll alternativ abgestimmt werden. Über beide Module kann -nach Ermessen des LPTs- getrennt oder zusammenfassend abgestimmt werden.

Dieser Antrag ist ein Vorschlag und kann verbessert werden. Die Verantwortung für die endgültige Form des Antrags liegt beim Antragsteller - dieser lädt bis zum LPT zu Verbesserungsvorschlägen im Pad ein und wird diese in das Antragsformular übernehmen, wenn er sie als solche ansieht. Eine Freishaltung zum Pad erfolgt durch den Antragsteller (t.langen@piratenbrandenburg.de).

Der LPT kann diesen Antrag zurückweisen und eine entsprechende AG oder Einzelpersonen mit einer Überarbeitung bis zum nächsten LPT beauftragen.

Piratenpad

- <https://brandenburg-antrag.piratenpad.de/2>

3 Wahlprogrammanträge

3.1 WP001 - Gegen die Einführung von „intelligenten Stromzählern“

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Gegen die Einführung von „intelligenten Stromzählern“

Antragstext

Der Piraten Brandenburg sprechen sich gegen den verpflichtenden Einsatz von sogenannten „intelligenten Stromzählern“ (Smart Meter) aus.

Antragsbegründung

Es ist kaum vorstellbar, dass der Datenschutz für den Bürger gewährleistet werden kann. Der Schutz der Privatsphäre ist fraglich – es besteht das Risiko, dass der Kunde zum „gläsernen Kunden“ wird, sofern Verbrauchsprofile an den Stromlieferanten übertragen werden. Erfassung und missbräuchliche Auswertung der Verbrauchsdaten gestatten weitreichende Rückschlüsse über die Lebensgewohnheiten der Kunden.

Mit intelligenten Zählern sind prinzipiell Fernschaltfunktionen möglich, mit denen einzelne (z. B. stromintensive) Geräte des Verbrauchers vom Versorger geschaltet werden können. Auch eine Unterbrechung der Versorgung per Fernabschaltung ist bei manchen Geräten möglich (etwa bei einem säumigen Zahler).

Piratenpad

- -

3.2 WP002 - Open Government und Open Data

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Open Government und Open Data

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die PIRATEN Brandenburg fordern, dass die Landesregierung Brandenburg die Prinzipien von Open Government und Open Data so schnell als möglich umsetzt.

Antragsbegründung

Transparenz des öffentlichen Handelns und freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen

Daten ist für die Piraten ein Grundanliegen.

Piratenpad

- -

3.3 WP003 - Für eine menschenwürdige Pflege

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Für eine menschenwürdige Pflege

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm der Piratenpartei Brandenburg aufnehmen:

Um die Qualität in der Pflege nachhaltig zu erhöhen, fordern die Piraten die Einführung folgender Maßnahmen:

Modul 1 Mehr Qualität in der Pflege durch adäquate Ausbildung

- Die Altenpflege- und Krankenpflegeausbildungen müssen deutlich besser gefördert werden
- Eine bessere finanzielle und arbeitsrechtliche Unterstützung von examinierten Pflegekräften für Weiterbildungsmaßnahmen.
- Die Ausbildung und Einstellung von Hygienefachkräften, um die Krankenhausinfektionen bekämpfen zu können.
- Die Pflegewissenschaft und wissenschaftliche Pflegeabschlüsse müssen deutlich mehr gefördert werden, wie es im Europäischen Umland längst üblich ist.

Modul 2 Vermeidung von Abrechnungsbetrug

Modul 2 a

- Die Einführung und Erweiterung von Kontrollkompetenzen für Behörden und Pflegekassen gegenüber Pflegeheimen, Pflegediensten und Pflegepersonen.

Modul 2b

- Neue in Betrieb genommene Alters- oder Pflegeheime dürfen nur noch von gemeinnützigen Unternehmen betrieben werden und jegliche Gewinne müssen reinvestiert werden.

Modul Wissenschaftlich fundierter Personalschlüssel

- Die Umsetzung des gesetzlichen Personalschlüssels in der Alten- und Krankenpflege, um eine menschenwürdige Pflege in vollstationären Einrichtungen und Krankenhäusern zu gewährleisten.
- Der jeweils aktuelle Krankenstand muss bei der Berechnung des Personalschlüssels unbedingt

Berücksichtigung finden.

Modul 4 Verringerung von Verwaltungsaufwand und Bürokratieabbau

- Neuorganisation der Pflegeleistungen durch die Abschaffung einzelner Leistungen verbunden mit der Erhöhung von Pflegepauschalen.
- Vereinfachung der Antragstellung und Antragsbearbeitung durch Vereinfachung und Vereinheitlichung des Formularwesens bei den Pflegekassen.
- Reduzierung des Dokumentationsaufwandes für Pflegekräfte, damit mehr Zeit für die Pflege bleibt.

Modul 5 Soziale Absicherung von privaten Pflegepersonen

- Die Zahlung eines Grundeinkommens für die gesamte Pflegezeit
- Eine Rückkehrgarantie zum alten Arbeitgeber nach der Pflegezeit
- Die Zahlung angemessener Rentenversicherungsbeiträge für alle Pflegepersonen
- Die Anrechnung von Pflegezeiten in Rentenpunkten

Modul 6 Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern

- Sanktionen für Geschäftsleitungen bei der Verletzung der gesetzlich verbindlichen, maximalen Wochenarbeitszeiten und der Ruhezeiten
- Die Bezahlung von Pflegehilfskräften muss deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen

Antragsbegründung

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Für Pflegebedürftige, private Pflegepersonen und berufliche Pflegekräfte scheint der Artikel 1 des Grundgesetzes aber nicht zu gelten.

Wer heute pflegebedürftig ist oder Menschen pflegt, findet sich in einem kranken System wieder, bei dem - wieder einmal - die Wirtschaftsinteressen einen höheren Stellenwert genießen, als die Interessen der Patienten und Pflegekräfte.

Die schlechte Qualität der Pflege gipfelt nicht selten durch Verwahrlosung und Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen bis hin zum Tod durch Infektionen z.B. von multiresistenten Keimen. Hauptursachen sind eine nicht mehr zeitgemäße Ausbildung, nicht leistungsgerechte Bezahlung, Arbeitsbedingungen - allen voran der ständige Personalengpass - und Überforderung der beruflichen Pflegekräfte. Darüber hinaus gefährden private Pflegepersonen schon während der Pflegezeit ihre Existenz, weil gesetzliche Leistungen längst nicht mehr ausreichen, um ihren Fall durch das soziale Netz aufzufangen.

Von der Politik billigend in Kauf genommener Abrechnungsbetrug verursacht darüber hinaus immense wirtschaftliche Schäden in unserem Sozialsystem und ein unverantwortlich hoher Verwaltungsaufwand verschlingt eine Unmenge an personellen Ressourcen.

Der Antrag wurde inspiriert von Markus von Krella.

Piratenpad

- -

3.4 WP004 - Freien Zugängen zu Datennetzen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Freien Zugängen zu Datennetzen

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm der Piratenpartei Brandenburg aufnehmen:

Unter freien Zugängen zu Datennetzen verstehen die PIRATEN Brandenburg die Abwesenheit von Volumen- oder Zeitbegrenzungen, Kosten für den Nutzer, Manipulation des Datenverkehrs und Inhalts durch den Zugangsbetreiber.

Deep Packet Inspection, das Verändern von IP-Paketen und der Verstoß gegen die Netzneutralität sind grundsätzlich untersagt.

Durch den Zugangsbetreiber vor- oder zwischengeschaltete Werbemaßnahmen, welche nicht zum regulären Inhalt gehören, sind bei freien Datennetzen nicht gestattet. Darüber hinaus ist der Zugang möglichst barrierefrei zu gestatten.

Aus diesem Grund lehnen wir Zugangskontrollen ab.

Antragsbegründung

Ergibt sich aich aus dem Antragstext.

Piratenpad

- -

3.5 WP005 - Mauer der digitalen Spaltung überwinden!

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Mauer der digitalen Spaltung überwinden!

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm der Piratenpartei Brandenburg aufnehmen:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für kostenfreie, durch das Land Brandenburg geförderte

Schulungsmöglichkeiten für alle interessierten Menschen ein, die die Möglichkeit bieten, die digitale Spaltung zu überwinden.

Wir werden in Zusammenarbeit mit öffentlichen und gemeinnützigen Trägern sowie gemeinnützigen Vereinen flächendeckende Schulungsmöglichkeiten schaffen.

Antragsbegründung

Die immer schneller werdende technische Entwicklung, hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass alltägliche Geräte und Technologien immer komplexer geworden sind.

Diese erhöhte Komplexität führt zu einem immer größer werdenden digitalen Spaltung der Gesellschaft, hinsichtlich des Verständnis von Technik.

In einer modernen Gesellschaft ist es notwendig, dass Menschen der Technik selbstbewusst gegenüberstehen.

Nur so können sie ihre Grundrechte im 21 Jahrhundert wahrnehmen und an der Gesellschaft teilhaben.

Piratenpad

- -

3.6 WP006 - Digitale Spaltung verhindern

eingereicht von Tojol

Zusammenfassung des Antrags

einfache Nutzung digitaler Angebote

Antragstext

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Nutzung öffentlicher Angebote und die Inanspruchnahme persönlicher Rechte nicht von fortgeschrittenen digitalen Kenntnissen abhängig sein dürfen.

Öffentliche Online-Angebote müssen einfach und intuitiv erfassbar sein, Mitwirkung muss ohne hohe Hürden möglich sein. Grundsätzlich soll eine Mitwirkung auch auf konventionelle Art, im persönlichen Gespräch oder papiergebunden möglich sein.

Einen Zwang zur Nutzung proprietärer Betriebssysteme oder Programme lehnen die PIRATEN Brandenburg ab.

Antragsbegründung

Anmerkungen:

Dies ist ein Alternativantrag zum Wahlprogrammantrag 005 "Mauer der digitalen Spaltung überwinden!" für den LPT 2016.2 (

[https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal/Wahlprogrammantrag - 005](https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal/Wahlprogrammantrag_-_005)).

Er soll mit diesem gemeinsam behandelt werden, und über beide soll -nach Ermessen durch den LPTs- entweder alternativ oder ergänzend abgestimmt werden.

Dieser Antrag ist ein Vorschlag und kann verbessert werden. Die Verantwortung für die endgültige Form des Antrags liegt beim Antragsteller - dieser lädt bis zum LPT zu Verbesserungsvorschlägen im Pad ein und wird diese in das Antragsformular übernehmen, wenn er sie als solche ansieht. Eine Freischaltung zum Pad erfolgt durch den Antragsteller (t.langen@piratenbrandenburg.de).

Der LPT kann diesen Antrag zurückweisen und eine entsprechende AG oder Einzelpersonen mit einer Überarbeitung bis zum nächsten LPT beauftragen.

Piratenpad

- <https://brandenburg-antrag.piratenpad.de/3>

4 Positionspapiere

4.1 Q001 - Flexible Mobilität in Brandenburg

eingereicht von Tojol

Zusammenfassung des Antrags

Sicherstellung von Mobilität bei sich verändernden Bedingungen

Antragstext

Die PIRATEN Brandenburg messen der Sicherstellung der überwachungsfreien Mobilität im Lande ebenso hohe Priorität zu wie den Anforderungen einer ressourcenschonenden Entwicklung.

Das Zeitalter des fossil angetriebenen motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist vorbei. Dessen Bedürfnisse für ein möglichst ungehindertes Vorankommen sind nur noch punktuell und ausnahmsweise zu berücksichtigen, wenn dadurch in der Gesamtschau aller Mobilitätsanforderungen echte Engpässe beseitigt werden. Eine Verlagerung von Staustellen ist ebensowenig anzustreben wie eine Attraktivitätssteigerung des MIV.

Der Vorrang der Mobilitätsförderung liegt in einem attraktiven und intelligent vernetzten Zusammenwirken von öffentlichen Verkehren (Nahverkehr und Fernverkehr), privaten Transportanbietern auf unternehmerischer und freiwilliger Basis und individueller Fortbewegung.

Finanzielle Mittel des Landes und der Kreise sind vorrangig für die Sicherstellung der vorhandenen öffentlichen Verkehre und für die Entwicklung von bedarfsgerechten Alternativen einzusetzen - diese können von kommerziellen Mobilitätsvermittlern über private Initiativen oder ganz neue Formen einer Share-Economy reichen. Dem Internet als notwendige Informations-Infrastruktur kommt dabei eine entscheidende Rolle zu, der ausreichende Zugang überall im Lande muss als öffentliche Aufgabe sichergestellt werden.

Die notwendige Informationsübermittlung darf nicht zu einer Überwachung der individuellen

Fortbewegung missbraucht werden; dies ist durch vorrangig technische und administrative Maßnahmen sicherzustellen. Eine Möglichkeit hierzu kann die fahrscheinlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sein, die durch eine allgemeine Kostenumlage finanziert wird.

Es ist zu erwarten, dass mit dem Fortschritt der Elektromobilität und der zunehmenden Vernetzung und Autonomie der Fahrzeuge die Notwendigkeit für personengebundene PKWs drastisch abnehmen wird und damit auch die Anforderungen an einen massiven Straßenausbau zugunsten des MIV. Stattdessen kann durch intelligente und bedarfsgerechte Zurverfügungstellung von Fahrzeugen ein Großteil der Aufgaben übernommen werden, der heute durch die die meiste Zeit parkenden und PKWs bewältigt wird.

Die effektive Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs und der Attraktivitätssteigerung von Plätzen innerhalb von Ortschaften sowie des überörtlichen Fahrradverkehrs ist durch entsprechende Budgetumschichtungen und Planstellen-Umwidmungen in den entsprechenden Haushalten sicherzustellen. Die direkte und indirekte Förderung von Versorgungseinrichtungen, die vorrangig vom MIV erreichbar sind, ist einzustellen.

Die Kompetenz der Verkehrsnutzer ist in allen Bereichen hinzuzuziehen - frühzeitige Bürgerinformation ist ebenso unabdingbar wie der Rückfluss der bürgerlichen Initiative in den Planungsprozess. Hier sind neben notwendigen Vort-Ort-Informationsveranstaltungen regelmäßig Netzangebote zu erstellen, die den jeweiligen Planungsstand darstellen und den Bürgern einfache und nachvollziehbare Möglichkeiten der Beteiligung ermöglichen.

Antragsbegründung

Anmerkungen:

Dies ist ein Alternativantrag zum Sonstigen Antrag 004 "Verkehrskonzept erstellen" für den LPT 2016.2 (https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2016.2/Antragsportal/Sonstiger_Antrag_-_004). Er soll mit diesem gemeinsam behandelt werden, und über beide soll -nach Ermessen durch den LPTs- entweder alternativ oder ergänzend abgestimmt werden.

Dieser Antrag ist ein Vorschlag und kann verbessert werden. Die Verantwortung für die endgültige Form des Antrags liegt beim Antragsteller - dieser lädt bis zum LPT zu Verbesserungsvorschlägen im Pad ein und wird diese in das Antragsformular übernehmen, wenn er sie als solche ansieht. Eine Freishaltung zum Pad erfolgt durch den Antragsteller (t.langen@piratenbrandenburg.de).

Der LPT kann diesen Antrag zurückweisen und eine entsprechende AG oder Einzelpersonen mit einer Überarbeitung bis zum nächsten LPT beauftragen.

Piratenpad

- <https://brandenburg-antrag.piratenpad.de/1>

5 Sonstige Anträge

5.1 X001 - Landeslogo

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Landeslogo

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Landesverband verwendet ab sofort ein neues Landeslogo. Ein Entwurf befindet sich im Landeswiki unter <https://wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:BB-Logo-quer-rot.png> - weitere Logo-Varianten nach Vorgabe des Styleguides (Hochformat, schwarz-weiß, usw.) können davon abgeleitet werden.

Antragsbegründung

Der letzte Bundesparteitag hat einen neuen Styleguide für die Bundespartei beschlossen. Der Landesverband Brandenburg sollte die neue Corporate Identity umsetzen.



Piratenpad

- -

5.2 X002 - Unvereinbarkeit mit der AfD

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Unvereinbarkeit mit der AfD

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg stellt fest, dass jegliche Zusammenarbeit mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) unvereinbar mit den Werten der Piratenpartei ist. Dazu gehört auch ausdrücklich eine Zusammenarbeit auf der Ebene des Landes, der Kreise und der Kommunen.

Mitglieder der Piratenpartei, die eine solche Zusammenarbeit auf parteipolitischer und/oder öffentlicher Ebene pflegen verhalten sich parteischädigend im Sinne des § 6 Absatz 2 der Bundessatzung.

Antragsbegründung

Mit der AfD ist aufgrund ihrer rassistischen und undemokratischen Gesinnung eine Zusammenarbeit nicht möglich. Hier muss klare Kante gezeigt werden.

Link: [Bundessatzung, § 6 - Ordnungsmaßnahmen](#)

Piratenpad

- -

5.3 X003 - PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

bzw.

PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

Antragsbegründung

Die Piratenpartei Brandenburg soll in der Öffentlichkeit mehr als Partei des digitalen Wandels wahrgenommen werden.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Piratenpad

- -

5.4 X004 - Verkehrskonzept erstellen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Verkehrskonzept erstellen

Antragstext

Der Landesvorstand wird aufgefordert, selbst oder durch geeignete Beauftragung sicherzustellen, dass im Landesverband Brandenburg so bald als möglich ein Verkehrskonzept für den ÖPNV und andere Verkehrsformen erstellt wird.

Antragsbegründung

Die Verkehrsanbindung und die Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsträger im Bundesland Brandenburg mit teils städtischen aber überwiegend ländlichen Regionen ist sehr unbefriedigend. In der Regel ist die Nutzung von eigenen Fahrzeugen unverzichtbar, das Straßennetz ist allenfalls für überregionale Verkehre nutzbar.

Die Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften seitens des Landesvorstandes ist nicht wahrnehmbar. Durch eine Beauftragung soll sichergestellt werden, dass dieses wichtige Thema angegangen wird.

Piratenpad

- -

5.5 X005 - Unterstützung des Projektes „Jobcenterlisten“

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Unterstützung des Projektes „Jobcenterlisten“

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag unterstützt das Projekt „Jobcenterlisten“ der Sozialpiraten und wird eigene Anstrengungen unternehmen, um direkt oder im Rahmen von Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz Daten zur direkten Erreichbarkeit der Sachbearbeiter der Jobcenter zu erlangen, damit sie datenschutzkonform online gestellt werden.

Antragsbegründung

Die Sozialpiraten bemühen sich seit geraumer Zeit die Telefonlisten der Jobcenter zu veröffentlichen, um dem Betroffenen (ALG-II-Empfänger) eine Kommunikation mit seinem Sachbearbeiter zu ermöglichen.

In der Regel schirmen sich die Jobcenter zumindest telefonisch ab, so dass der ALG-II-Empfänger keine Möglichkeit hat, den Sachstand zu erfahren.

Piratenpad

- -

5.6 X006 - Einsetzung einer Redaktionskommission

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Einsetzung einer Redaktionskommission

Antragstext

Der Landesvorstand beauftragt eine Redaktionskommission zur Überarbeitung des Parteiprogramms der PIRATEN Brandenburg.

Mitglied der Redaktionskommission ist zumindest ein vom jeweiligen Gliederungsvorstand benannter Pirat. Wird kein Pirat vom jeweiligen Gliederungsvorstand benannt, bleibt die Mitgliedschaft bis zur Benennung vakant. Die Redaktionskommission gibt sich mit 2/3 Mehrheit eine Geschäftsordnung.

Aufgabe der Redaktionskommission ist

a) die Überarbeitung von auf Parteitag beschlossenen Programmanträgen, insbesondere hinsichtlich der sprachlichen Glättung ohne deren Sinngehalt zu verfälschen, b) Vorschläge für die Streichung von beschlossenen Programmanträgen, deren Inhalt nicht mehr zeitgemäß ist, c) die Hilfe bei der Formulierung von Programmanträgen im Vorfeld von Parteitagen, d) die Sicherstellung der ordentlichen Protokollierung von Parteitagen, e) die Sicherstellung der korrekten Wiedergabe von Programmanträgen in den Medien der Piratenpartei Brandenburg.

Das Ergebnis der Überarbeitung des Parteiprogramms wird auf einem Parteitag oder Onlineparteitag beschlossen.

Antragsbegründung

Das Parteiprogramm ist inhomogen, welches dem laufenden Zuwachs durch beschlossene Programmanträge unterschiedliche Autoren geschuldet ist. Daher bedarf es einer laufenden Überarbeitung.

Das Beratungsangebot zu c) soll schlecht formulierten Anträgen entgegenwirken und auffordern, während des gesamten Jahres Anträge einzureichen, ohne die Antragsfrist voll auszunutzen.

Die Sicherstellung der Protokollierung (Punkt d) ist offensichtlich notwendig, da es nicht möglich zu sein scheint, dass die Protokollanten eines Parteitages ihre Arbeit gewissenhaft abschließen und auch nicht dazu angehalten werden.

Piratenpad

- -

5.7 X007 - Sicherstellung der Protokollierung von Parteitagen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Sicherstellung der Protokollierung von Parteitag

Antragstext

Der Landesvorstand wird angewiesen, rechtzeitig für eine zuverlässige Protokollierung von Parteitag zu sorgen.

Dafür ist eine redundante ggfls. nicht öffentliche Tonaufzeichnung des Parteitages Voraussetzung.

Steht ein von Protokollanten unterschriebenes Ergebnisprotokoll nicht innerhalb von zwei Wochen nach Ende des Parteitages zur Verfügung, wird auf Kosten der Mitglieder des zum Zeitpunkt des Beginns des Parteitages amtierenden Landesvorstandes ein Transskript von der Tonaufnahme angefertigt.

Der Landesvorstand schafft die technischen Möglichkeiten, dass rechtzeitig vor einem Parteitag eine Protokollvorlage erstellt wird und diese während und nach Abschluss des Parteitages ausgedruckt und unterschrieben werden kann.

Dies gilt sinngemäß auch für Aufstellungsversammlungen.

Antragsbegründung

Dass kein unterschriebenes Protokoll von einer Reihe an Parteitag vorliegt, ist eine grobe Pflichtwidrigkeit.

Piratenpad

- -

5.8 X008 - Kommissarische Vorstände einsetzen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Kommissarische Vorstände einsetzen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird hiermit beauftragt, spätestens binnen vier Wochen in folgenden Gliederungen kommissarische Vorstände einzusetzen:

KV Brandenburg a.d.H.

KV Teltow-Fläming

RV Prignitz-Ruppin

Antragsbegründung

Die Einsetzung von kommissarischen Vorständen ist satzungsmäßig geregelt. Die Nichtbefolgung stellt eine erhebliche Pflichtverletzung dar.

Piratenpad

- -

5.9 X009 - Gliederungen funktionsfähig machen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Gliederungen funktionsfähig machen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird hiermit beauftragt, binnen acht Wochen in folgenden Gliederungen - ggfls. im Wege ordnungsrechtlicher Maßnahmen - dafür zu sorgen, dass

a) im RV Barnim-Uckermark die seit dem 26.01.2015 überfällige Hauptversammlung abgehalten wird,

b) der kommissarische Kreisvorstand Märkische-Oderland seine Arbeit tut oder durch einen neuen ersetzt wird.

Antragsbegründung

Die Aufgaben eines Vorstandes ist satzungsmäßig geregelt. Die Nichtbefolgung stellt eine Pflichtverletzung dar.

Piratenpad

- -

5.10 X010 - Durchführung eines Onlineparteitages

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Durchführung eines Onlineparteitages

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag beschließt die Durchführung eines Online-Landesparteitages gemäß § 22

Landessatzung innerhalb drei Monaten.

Antragsbegründung

Der Onlineparteitag steht seit 2013 in der Satzung und wird nicht genutzt. Er bietet eine Reihe an Vorteilen. Wesentliche technische Gründe stehen dem nicht entgegen.

Der 1. Onlineparteitag soll über Positionspapiere und Sonstige Anträge abstimmen.

Piratenpad

- -

5.11 X011 - Vielfalt der Veranstaltungsorte

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Vielfalt der Veranstaltungsorte

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Orte an denen Parteitage und Landestreffen stattfinden, sind gleichmäßig über das Bundesland Brandenburg so zu verteilen, dass Mitglieder nicht regelmäßig durch ungünstige Anfahrtswege benachteiligt werden.

Dabei ist darauf zu achten, dass der Versammlungsort zumindest über einen Regionalbahnhof der während der Dauer des Parteitages +/- 1 Stunde bedient wird, einen Autobahnanschluss in maximal 25 km Entfernung verfügt, sowie eine für dauerhaftes Videostreaming geeignete Internetanbindung hat.

Berlin ist ebenfalls einzubeziehen. Hier ist darauf zu achten, dass der Versammlungsort zumindest über einen Regionalbahnhof nebst S- bzw. U-Bahn, die während der Dauer des Parteitages +/- 1 Stunde mit den notwendigen Anschlüssen bedient werden, einen Autobahnanschluss in maximal 5 km Entfernung verfügt, sowie eine für dauerhaftes Videostreaming geeignete Internetanbindung hat.

Antragsbegründung

Die Konzentration auf Potsdam als Veranstaltungsort benachteiligt alle Piraten, die nicht lange Anfahrwege haben und/oder eine ungeünstige Verkehrsverbindung.

Eine Videostream dient der Teilhabe der Mitglieder, die keine Möglichkeit oder genügend Finanzmittel haben, um vor Ort teilzunehmen.

Piratenpad

- -

5.12 X012 - Beitragsrechnungen erstellen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Beitragsrechnungen erstellen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, allen Mitgliedern rechtzeitig vor Fälligkeit eine Beitragsrechnung zuzusenden und fällige Beiträge regelmäßig, zumindest vierteljährlich anzumahnen.

Die Zustellung der Beitragsrechnung erfolgt vorzugsweise als ausdrückbarer Anhang mit allen notwendigen Zahlungsdaten, einem SEPA-Formular sowie einer Bitte um Spenden. Der Landesvorstand kann diese Aufgabe Dritten übertragen.

Antragsbegründung

Die Zahlungsmoral der Mitglieder ist unerfreulich. Allerdings werden Mitglieder auch nicht an die fällige Zahlung erinnert. In vielen Vereinen ist eine Beitragsrechnung üblich und gibt die gleichzeitig die Gelegenheit, mit dem Mitglied in Kontakt zu bleiben.

Es ist naiv anzunehmen, dass die Mehrheit der Mitglieder selbst an die Zahlungspflicht denken, sich die Kontoverbindung herausuchen oder ein SEPA-Mandat erteilen.

Piratenpad

- -

5.13 X013 - Haushaltsplan satzungsgemäß erstellen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Haushaltsplan satzungsgemäß erstellen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, gemäß § 16 Abs.1 der Finanzordnung der Bundessatzung für jedes Kalenderjahr vorab einen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Vorstand beschlossen wird. Der Haushaltsplan wird aus eigenem Wissen erstellt. Werden Dritte damit beauftragt und/oder beteiligt, sind diese zu benennen.

Antragsbegründung

Bis 2013 gab es Tätigkeitsberichte finanzieller Art und eine vorausschauende Budgetplanung für das folgende Amtsjahr.

Gemäß § 16 Abs.1 der Finanzordnung der Bundessatzung für jedes Kalenderjahr vorab einen Haushaltsplan aufzustellen. Wir haben jetzt 2016 und es wurde erneut verabsäumt, im Vorjahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Seit 2013 läuft die Haushaltsplanung mehr nach dem Prinzip try & error.

Piratenpad

- -

5.14 X014 - Informationsbrief erstellen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Informationsbrief erstellen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, selbst oder durch geeignete Beauftragung sicherzustellen, dass alle Mitglieder einmal im Vierteljahr einen Informationsbrief (Newsletter) über wichtige Entwicklungen im Landesverband Brandenburg, dessen Gliederungen, der Bundespartei oder den anderen Piratenparteien – vorzugsweise per E-Mail – erhalten.

Antragsbegründung

Um Mitglieder zur Mitarbeit zu bewegen, ist eine regelmäßige Kommunikation erforderlich. Diese muss aktiv von der Partei ausgehen.

Piratenpad

- -

5.15 X015 - Pseudonyme Mitgliedschaft

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Pseudonyme Mitgliedschaft

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Jedermann ist eine pseudonymisierte Mitgliedschaft in der Piratenpartei zu ermöglichen. Der

Landesverband Brandenburg setzt diese Forderung für bestehende oder neue Mitgliedschaften ab sofort um.

Antragsbegründung

Die geschlechtliche Identität ist Privatsache des Piraten, daher werden Piraten geschlechtsneutral als Mitglieder erfasst.

Ob ein Mitglied unter seinem bürgerlichen Namen oder Pseudonym (Künstlername) in der Piratenpartei ist, hat für die Verwaltung der Mitgliedschaft keine Bedeutung. Zur Kommunikation bedarf es lediglich einer intakten E-Mail-Adresse, für die das Mitglied verantwortlich ist.

Der Begriff „ladungsfähige Anschrift“ trifft für die Mitglieder nicht zu, da die Piratenpartei keine Behörde oder ordentliches Gericht ist.

Mitgliedsbeiträge sind im Voraus fällig und eventuelle Rückstände werden nicht beigetrieben, daher fehlt das notwendige berechnete Interesse.

Piraten leben das Selbstverständnis von Privatsphäre und informationeller Selbstbestimmung. Viele Piraten sind ohnehin nur unter ihrem Pseudonym bekannt, was bei Wahlen zu Ämtern immer wieder zur Verwirrung führt.

Möglichen Versuchen der Identitätstauschung kann durch organisatorische Maßnahmen entgegen gewirkt werden. Im Übrigen ist eine Identitätstauschung iSd. § 267 StGB strafbar.

Einer Satzungsänderung bedarf es nicht, da die pseudonymisierte Mitgliedschaft schon jetzt möglich ist.

Insbesondere, weil seit dem BPT 2016.1 eine Mitgliedschaft von allen Menschen ab 14 Jahren möglich ist, ist dieser Antrag wichtig.

Piratenpad

- -

5.16 X016 - Privatsphäre der Mitglieder wahren

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Privatsphäre der Mitglieder wahren

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine Ausforschung der Mitglieder der Piratenpartei findet nicht statt.

Weder die Ermittlung der Hauptwohnung, noch das Ablesen der Namensschilder auf den Briefkästen der Mitglieder und deren Mitbewohner/innen wird unterstützt.

Die gilt ebenfalls für das Erfassen von Kennzeichen von Fahrzeugen, die Mitgliedern zugerechnet werden.

Antragsbegründung

Laut Bundessatzung der Piratenpartei werden alle Mitglieder geschlechtsneutral als Piraten bezeichnen, somit entfällt die Erfassung aller Merkmale zur geschlechtlichen Identität, vom wem auch immer.

Ein Pirat kann seinen Wohnsitz, der die Zugehörigkeit zu einer Gliederung bestimmt frei wählen. Ein Wohnsitz ist kein melderechtlicher Begriff. Abfragen bei Meldebehörden können nur ein Ergebnis hinsichtlich gemeldeten Haupt- und Nebenwohnungen ergeben. Der Begriff des Wohnsitzes ist in § 7 BGB und in § 8 AO normiert und sehr viel weiter gefasst, als der melderechtliche Begriff der Wohnung.

Eine Ermittlung des privaten Umfelds von Piraten verstößt gegen das Selbstverständnis der Piratenpartei hinsichtlich Wahrung der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung.

Insbesondere, weil seit dem BPT 2016.1 eine Mitgliedschaft von allen Menschen ab 14 Jahren möglich ist, ist dieser Antrag wichtig.

Piratenpad

• -

5.17 X017 - Endgültigkeit von Protokollen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Endgültigkeit von Protokollen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschliessen:

Die vorläufigen Protokolle der Landesparteitage

2013.2, 2014.1 und 2015.1

werden zu endgültigen Protokollen erklärt.

Antragsbegründung

Bislang liegen für die Landesparteitage 2013.2, 2014.1 und 2015. 1 keine endgültigen Protokolle vor.

Im Wiki befinden sich für 2013.2 eine Kopie vom Protokollpad,

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2013.2/Protokoll>

für 2014.1 ein vorläufiges Protokoll

[https://wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:LPT14.1Protokoll\(vorl%C3%A4ufig\).pdf](https://wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:LPT14.1Protokoll(vorl%C3%A4ufig).pdf)

für 2015. 1 eine Kopie des Protokollpads

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2015.1/UrschriftProtokollTag1>

Widerspruch gegen die vorläufigen Fassungen im Wiki ist nicht bekannt. Der beendet der Beschluss die Widerspruchsfrist.

Piratenpad

- -

5.18 X018 - Rettet das Gläserne Mobil

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Rettet das Gläserne Mobil

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird angewiesen, den Gliederungen SV Potsdam und RV Dahme-Oder-Spree das Gläserne Mobil zu übergeben.

Antragsbegründung

Das Gläserne Mobil ist eines der wenigen Wertgegenstände im Landesverband. Seit 2014 kommt es quasi im Landesverband nicht mehr zum Einsatz und wird – wenn überhaupt – nur an andere Gliederungen außerhalb des Landesverbandes ausgeliehen. Man hat den Eindruck, dass der Landesvorstand froh ist, wenn es weg ist.

Schon im Vorfeld des LPT 2015.1 haben sich zwei Gliederungen bereit erklärt, das Gläserne Mobil zu übernehmen und dafür im Sinne des Landesverbandes zu sorgen, sogar den Kauf angeboten.

Das Gläserne Mobil kann wertvolle Arbeit leisten und dies wurde bis Ende 2014 beweisen.

Piratenpad

- -

5.19 X019 - Erfahrenes Präsidium einsetzen

eingereicht von Bastian

Zusammenfassung des Antrags

Erfahrenes Präsidium einsetzen

Antragstext

Anträge LPT 2016.2

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird angewiesen, zukünftig nur erfahrene Versammlungsleiter und Wahlleiter zur Leitung eines Parteitages einzuladen, die in der Lage sind, eine neutrale und ruhige Leitung eines Parteitages zu gewährleisten. Die Mitgliedschaft in der Piratenpartei ist notwendig.

Antragsbegründung

Die Versammlungs- und Wahlleitungen seit dem LPT 2013.1 in Bad Liebenwerda haben gezeigt, dass es notwendig ist, neutrale und erfahrende Personen zu beauftragen (der LPT 2013.2 ist davon ausgenommen), die auch nicht schreien müssen, um sich Gehör zu verschaffen.

Da seit dem LPT 2012.2 im Vorfeld eines Parteitages keinerlei Angaben über das Präsidium gemacht werden, kann sich die Basis kein Bild machen, ob nicht selbst für ein angemessenes Präsidium gesorgt werden muss.

Die Mitgliedschaft in der Piratenpartei erscheint als Voraussetzung notwendig, da nur so manipulatives Handeln ausreichend geahndet werden kann.

Piratenpad

- -

5.20 X020 - Programmkommission

eingereicht von Uk

Zusammenfassung des Antrags

Einrichtung einer Programmkommission

Antragstext

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand eine Programmkommission mit dem Status einer Arbeitsgemeinschaft einzurichten.

Entscheidungen dieser Programmkommission werden grundsätzlich nach Konsens und Dissens gefällt. Klare Übereinstimmungen bei Beschlussvorlagen dürfen zu Parteitag zur endgültigen Abstimmung eingereicht werden. Bei Uneinigkeit kann die Programmkommission dem Parteitag entsprechende Alternativen zur Abstimmung vorgelegen.

Die Aufgaben der Programmkommission werden wie folgt festgelegt:

- redaktionelle Überarbeitung und Vorbereitung der Programme zur Abstimmung auf Parteitag des Landesverbandes
- Beratung und Hilfe bei Antragserstellung und -einreichung, sowie Lektorat von Beschlussvorlagen aller Antragstypen
- laufende Kontrolle der Aktualität und Statusänderungen von Positionspapieren des Landesverbandes
- Mitwirkung in Antragskommissionen bei Parteitag des Landesverbandes

- Ausarbeitung von Vorschlägen zu Tagesordnungen für kommende Parteitage
- Sichtungen von Anträgen anderer Parteigliederungen zur eventuellen Übernahme und Weiterverarbeitung
- Bereinigung von Fehler oder Falschinformationen in Programmen und Positionspapieren des Landesverbandes
- Einladungen zu Diskussionsrunden zur Vorstellung aktueller Arbeitsergebnisse

Antragsbegründung

Direkte Konkurrenz zu Antrag [X006](#)

Piratenpad

- -

5.21 X021 - Unvereinbarkeit von gemeinsamen Aktionen mit der AfD

eingereicht von Tojol

Zusammenfassung des Antrags

Die Zusammenarbeit mit der AfD ist unvereinbar mit den Werten der Piratenpartei.

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg stellt fest, dass gemeinsame politische Initiativen und Aktionen mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) unvereinbar mit den Werten der Piratenpartei sind. Dies gilt ausdrücklich auch auf der Ebene des Landes, der Kreise und der Kommunen.

Mitglieder der Piratenpartei, die eine solche Zusammenarbeit auf parteipolitischer und/oder öffentlicher Ebene pflegen verhalten sich parteischädigend im Sinne des § 6 Absatz 2 der Bundessatzung.

Antragsbegründung

Mit der AfD ist aufgrund ihrer rassistischen und undemokratischen Gesinnung eine Zusammenarbeit nicht möglich. Dies muss auch nach außen sichtbar werden.

Anmerkungen:

Dieser Antrag dient der Positionierung auf Landesebene. Es existiert ein Alternativantrag ([X002](#)). Beide Anträge sind bereits auf dem LPT 2016.1 gestellt worden, wurden aber nicht behandelt.

Dieser Antrag möge gemeinsam mit dem Antrag X002 behandelt werden. Da bereits auf Bundesebene festgestellt wurde, dass Ziele und das Programm der AfD nicht vereinbar sind mit den Zielen der Piratenpartei, ist der Antragsteller mit einer Nichtbehandlung dieses Antrages einverstanden, sofern die Versammlung dies wünscht und über den Antrag X002 ebenfalls nicht abgestimmt wird.

Link: [Bundessatzung, § 6 - Ordnungsmaßnahmen](#)

Dieser Antrag ist ein Vorschlag und kann verbessert werden. Die Verantwortung für die endgültige Form des Antrags liegt beim Antragsteller - dieser lädt bis zum LPT zu Verbesserungsvorschlägen im Pad ein und wird diese in das Antragsformular übernehmen, wenn er sie als solche ansieht. Eine Freischaltung zum Pad erfolgt durch den Antragsteller (t.langen@piratenbrandenburg.de).

Piratenpad

- <https://brandenburg-antrag.piratenpad.de/4>

5.22 X022 - Berufungsverfahren gegen das Urteil des LSG Hessen vom 27.05.2016

eingereicht von *Holger-DOS*

Zusammenfassung des Antrags

Der neue LaVo möge das Berufungsverfahren fortsetzen.

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der neu gewählte Landesvorstand wird beauftragt, das Berufungsverfahren gegen das Urteil des Landesschiedsgerichtes Hessen vom 27.05.2016 (Verfahren LSG-HE 2015-11-26) fortzusetzen.

Antragsbegründung

Der neu zu wählende Landesvorstand könnte durchaus mit dem Berufungsgegner als Mitglied bzw. Vorsitzendem zusammengesetzt sein.

Daher ist es nicht ausgeschlossen, daß die Rücknahme der Berufung im Vorstand beschlossen wird. Berufungsführer ist jedoch nicht der Landesvorstand, sondern der Landesparteitag.

Daher bedarf es der Deutlichkeit eines Parteitagsbeschlusses zur Fortführung der Berufung.

Das Berufungsverfahren erscheint erforderlich, um für eine mögliche Rechtsfolgenabwägung zukünftiger Parteitage auf einen Spruch des höchsten Prüfungsgremiums der Partei zurückgreifen zu können.

siehe hierzu auch:

[Urteil LSG-HE 2015-11-26](#)
[Vorstand/Beschluss/2016-020](#)

Hinweis:

Hierdurch soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, ob dem Urteil zugestimmt wird oder nicht. Es soll lediglich erreicht werden, daß für künftige Parteitage derartige Fehler möglichst ausgeschlossen werden.

Sofern es erneut zu solchen Fehlern kommen sollte (hoffentlich nicht!), sollen die Rechtsfolgen möglichst zeitnah eingeschätzt werden können.

Piratenpad

- -